



Medienmitteilung

Datum 13.10.2021
Sperrfrist Bis zum Beginn der Medienkonferenz

Coronavirus: Bundesrat lanciert Impfoffensive

Der Bundesrat hat an seiner Sitzung vom 13. Oktober 2021 die Inhalte der geplanten Impfoffensive konkretisiert. Die Impfung bleibt das beste Mittel für den Ausstieg aus der aktuellen Krise. Um weitere Personen dazu zu bewegen, sich impfen zu lassen, plant der Bundesrat gemeinsam mit den Kantonen eine Impfwoche vom 8. bis zum 14. November. Zusätzliche mobile Beratungs- und Impfstellen sollen einen niederschweligen Zugang zur Impfung ermöglichen. Schliesslich finanziert der Bund die Bereitstellung von Beraterinnen und Beratern durch die Kantone, um auf das Bedürfnis von noch nicht geimpften Personen nach Information einzugehen. Diese Impfoffensive kostet den Bund maximal 96.2 Millionen Franken.

Im Vergleich mit anderen europäischen Ländern verzeichnet die Schweiz mit 71,2% vollständig geimpften Personen ab 18 Jahren weiterhin eine tiefe Impfquote. Die Impfung bleibt jedoch das beste Mittel für den Ausstieg aus der Covid-19-Pandemie. Nur mit einer deutlich höheren Impfquote kann die Bevölkerung ausreichend immunisiert und vor schweren Erkrankungen geschützt sowie eine Überlastung des Gesundheitswesens verhindert werden. Nach dem heutigen Kenntnisstand sollte diese Impfquote – ohne Einrechnung der bereits genesenen Personen – bei den über 65-Jährigen bei ca. 93% und bei den 18- bis 65-Jährigen bei 80% liegen, damit die geltenden Massnahmen aufgehoben werden können.

Das derzeitige Impftempo ist zu langsam, zumal die Temperaturen zu sinken beginnen und die Pandemie sich wieder beschleunigen könnte. Deshalb hat der Bundesrat nach Konsultation der Kantone und der Sozialpartner beschlossen, gemeinsam mit den Kantonen eine gezielte Impfoffensive zu starten. Diese vom Bund finanzierte und von den Kantonen umgesetzte Impfoffensive besteht aus drei Teilen: einer nationalen Impfwoche, zusätzlichen mobilen Beratungs- und Impfstellen sowie persönlichen Informationsangeboten. Aufgrund der Konsultationsergebnisse wurde auf die Möglichkeit verzichtet, Personen, die jemanden von der Impfung überzeugen konnten, mit einem Gutschein zu belohnen.

Nationale Impfwoche vom 8. bis zum 14. November

Ziel dieser vom 8. bis zum 14. November dauernden Impfwoche ist es, möglichst viele Menschen über den Nutzen einer Impfung zu informieren, indem in mehreren Sprachen verlässliche Fakten zur Impfung auf verständliche Art und Weise vermittelt werden, etwa zur Wirksamkeit, zur Sicherheit, zu den Nebenwirkungen der Impfstoffe, zu den gesundheitlichen Risiken einer Infektion oder zu den Impfmöglichkeiten. Neben einer nationalen Medienkampagne sind die Kantone, die Gemeinden und andere Partner aufgerufen, Informationsveranstaltungen oder lokale Anlässe zur Information der Bevölkerung zu

organisieren. Der Bundesrat wird sich in einem Brief an die Bevölkerung wenden, um die Bedeutung der Impfung zu unterstreichen. Die Kosten dieser Informationsmassnahmen werden vom Bund übernommen und belaufen sich auf maximal 15.2 Millionen Franken.

Mobile Beratungs- und Impfstellen

Ebenfalls auf Zuspruch stiess in der Konsultation der Vorschlag, mit mobilen Beratungs- und Impfstellen wie beispielsweise Impfbussen noch nicht geimpften Personen den Zugang zu einer Beratung und allenfalls einer spontanen Impfung niederschwellig zu ermöglichen, indem man auf sie zugeht und ihnen Anfahrten erspart. Die Zahl der mobilen Beratungs- und Impfstellen liegt derzeit bei 50 und kann mit der Unterstützung des Bundes deutlich erhöht werden. Dieser übernimmt bis zu 220 000 Franken pro zusätzliche mobile Beratungs- und Impfstelle, insgesamt aber maximal 38 Millionen Franken.

Individuelle Information

Der Bund möchte auch noch unentschlossene Personen individuell beraten. Die Beratung soll mittels Gruppengesprächen, persönlichen oder telefonischen Kontakten oder über die individuelle Chat-Funktion in den Sozialen Medien erfolgen. Die Beratungspersonen erfahren nicht und fragen nicht, ob eine Person, die sie ansprechen, geimpft ist oder nicht. Weder Bund noch Kantone sind in Besitz solcher Daten. Die Beratungspersonen gehen auf die Informationsbedürfnisse der Bevölkerung ein und unterstützen die Menschen beispielsweise dabei, ein Impfzentrum zu finden, eine Ärztin oder einen Arzt zu kontaktieren oder eine Übersetzerin oder einen Übersetzer hinzuzuziehen.

Die Kantone können selbst Beratungspersonen rekrutieren, aber auch Organisationen oder Institutionen wie die Spitex oder verschiedene Beratungsstellen mit dieser Beratungstätigkeit beauftragen. Der Bund deckt die Kosten, die durch den Einsatz dieser Beratungspersonen entstehen. Dafür sind 43 Millionen Franken vorgesehen.

Nachhaltige Investition

Für den Bund fallen durch die Impfoffensive maximale Kosten von 96.2 Millionen Franken an. Verglichen mit den Kosten der Wunschtests von rund 50 Millionen Franken pro Woche ist diese Investition nachhaltig. Eine hohe Impfrate bietet zudem einen unbestrittenen gesundheitspolitischen und wirtschaftlichen Nutzen: Im Schnitt kann pro 100 Impfungen eine Hospitalisierung und pro 250 Impfungen eine Belegung auf der Intensivstation vermieden werden. Hinzu kommt, dass durch die Vermeidung von Lockdowns weitere Kosten gespart werden können. Dies kommt insbesondere den betroffenen Branchen wie der Gastronomie und Hotellerie, den Fitnesszentren oder der Unterhaltungsindustrie zu Gute.

Adresse für Rückfragen:

Bundesamt für Gesundheit
media@bag.admin.ch
Infoline Coronavirus +41 58 463 00 00
Infoline Covid-19-Impfung +41 58 377 88 92

Zuständiges Departement:

Eidgenössisches Departement des Innern EDI